

Kühler Empfang Chruschtschows

Gegenwind verzögerte Ankunft — Erstes Gespräch im Weißen Haus

Washington (upi/ap/dpa). Die amerikanische Regierung begrüßte den sowjetischen Partei- und Regierungschef Chruschtschow bei seiner Ankunft in den USA mit 21 Salutschüssen und allen Ehren, die bei Empfängen für Staatsoberhäupter üblich sind. Im Gegensatz dazu bereitete die amerikanische Bevölkerung dem sowjetischen Ministerpräsidenten einen sehr zurückhaltenden Empfang. Schon wenige Stunden nach Chruschtschows Ankunft auf dem Flugstützpunkt Andrews bei Washington, wo Präsident Eisenhower seinen Gast persönlich empfangen hatte, trafen die beiden Staatsmänner im Weißen Haus zu einer ersten politischen Unterredung zusammen.

Die Ankunft der TU-114, mit der Chruschtschow in Moskau gestartet war, hatte sich infolge starken Gegenwindes über dem Atlantik um fast eine Stunde verzögert. Als Chruschtschow in der Tür der riesigen Turbo-Prop-Maschine erschien, setzten die Fanfaren der Musikkapelle ein, und die Ehrenkompanien der amerikanischen Wehrmachtsteile präsentierten. Eisenhower empfing seinen Gast am Fuße der Gangway, geleitete ihn an der Front der Ehrenformationen vorbei und stellte ihm die Mitglieder seines Kabinetts vor. Mit Chruschtschow kamen seine Frau, drei Kinder und eine 90 Mann starke offizielle Delegation, geleitet von Außenminister Gromyko.

Eisenhower wirkte während des Empfanges ungewöhnlich ernst, während Chruschtschow mit breitem Lachen, seinen schwarzen Homburg schwenkend, aus der sowjetischen Maschine gestiegen war.

In den kurzen Begrüßungsansprachen, welche die beiden Regierungschefs anschließend austauschten, hoben beide die Hoffnung auf einen günstigen Verlauf ihrer Besprechungen hervor. Eisenhower betonte, er vertraue darauf, daß der offene Meinungsaustausch zu einem besseren Verstehen ungelöster Probleme führen werde. Er betonte jedoch, daß keine Verhandlungen geführt werden

sollten, die die Interessen anderer Völker berührten. Der Präsident versicherte, das amerikanische Volk strebe keine Machterweiterung und keinen Gebietszuwachs an. Er forderte Chruschtschow auf, sich bei seinem dreizehntägigen Aufenthalt in den USA ein eigenes Bild von den Vereinigten Staaten zu machen.

Chruschtschow erwiderte, er sei offenen Herzens und mit guten Absichten nach Washington gekommen. Nach seiner Ansicht könne es gar keine Hindernisse für gute Beziehungen zwischen den beiden Staaten geben. Der sowjetische Ministerpräsident ließ es sich nicht entgehen, schon in seinen ersten Worten auf die sowjetische Mondrakete und den Atomeisbrecher „Lenin“ hinzuweisen. Lächelnd sagte er: „Unsere Erde ist etwas leichter geworden, während der Mond einige hundert Pfund an Gewicht zugenommen hat.“ Der sowjetische Wimpel, der nun auf dem Trabanten liege, werde als „alter Mondbewohner“ jetzt auf die amerikanische Flagge warten und sie begrüßen.

Nur Neugier

Die Bevölkerung von Washington empfing Chruschtschow mit großer Zurückhaltung. Die rund 200 000 Menschen, die den Weg vom Flugplatz zum Gästehaus des Präsidenten säumten, zeigten Neugierde, aber keine

Begeisterung. Nur selten wurde geklatscht oder das ständige Winken Chruschtschows erwidert. An einer Stelle jubelte eine Negerklasse dem sowjetischen Regierungschef zu. Sonst wirkte der Empfang kühl und wenig herzlich.

Zu Protestdemonstrationen kam es nur vereinzelt. Hin und wieder war in der Menge der Schaulustigen jemand zu sehen, der aus Protest eine schwarze Armbinde mit Totenkopf und gekreuztem Gebein trug. An einigen Stellen wehten schwarze Fahnen. Im Auftrag verschiedener antikommunistischer Organisationen zeichnete über Washington ein Flugzeug ein großes Kreuz am Himmel. Als Chruschtschow zu seinen Besprechungen mit Eisenhower das Weiße Haus betrat, begannen die Glocken einiger Kirchen aus Protest zu läuten.

Gefärbte Berichte

Trotzdem scheint Chruschtschow entschlossen zu sein, seinen Besuch zumindest zu Hause und in den Ostblockstaaten zu einem großen Propagandaerfolg zu machen. Östliche Nachrichtenagenturen berichteten von einem „herzlichen Empfang“ durch die Bevölkerung in Washington und behaupteten, es hätten sich mehr Menschen eingefunden als bei Empfängen für andere Regierungschefs. Das in den Himmel geschriebene Protestkreuz verwandelte sich bei dieser Berichterstattung in den kyrillischen Anfangsbuchstaben des Namens Chruschtschow.

Die erste Besprechung zwischen Eisenhower und Chruschtschow, an der auch Vizepräsident Nixon, die Außenminister Herter und Gromyko sowie verschiedene andere Mit-

Fortsetzung auf S. 7

Theodor Heuss

W. Bonn. — Die Geschichte kennt eine stattliche Reihe bedeutender Männer, die sich nach der Berufung in ein hohes Amt zu unerwarteter Größe entfalteten. Als ein besonderer Glücksfall erscheint es aber, wenn ein wenig bekannter Mann und ein Amt sich gegenseitig so steigern, daß beide, Amt und Inhaber, ein unvorhergesehenes Ansehen gewinnen. Vor zehn Jahren war Theodor Heuss keine Größe der deutschen Politik. Der schwäbische Professor, den die Freien Demokraten da zu ihrem Parteivorsitzenden gewählt hatten und der dann im Parlamentarischen Rat bei der Abfassung des Grundgesetzes manchmal so offene und eindrucksvolle Worte sprach, war weit von der Popularität eines demokratischen Volksführers entfernt. Heute aber, da seine Amtszeit abläuft und Heuss, wie er sagt, „in seine Heimat, an den Schreibtisch“ zurückkehrt, empfindet das ganze Volk, daß es einen guten und gerechten „Landesvater“ verliert.

★

Als 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, gehörte das Amt des Bundespräsidenten zu den Einrichtungen, die erst mit Inhalt erfüllt werden mußten, da der Parlamentarische Rat, übermäßig beeindruckt von der Rolle des letzten legalen deutschen Reichspräsidenten, dem Staatsoberhaupt in der neuen Verfassung wesentlich bescheidenere Aufgaben zugewiesen hatte, als sie früher dem Kaiser oder dem Reichspräsidenten zugewiesen waren. Theodor Heuss nahm das Amt wie einen Rohdiamanten, von dem er allein wußte, welcher Glanz ihm mit dem rechten Geschick zu entlocken war. Ohne sich von dem immer mächtiger werdenden Schatten des Kanzlers erdrücken zu lassen, maß er umsichtig Raum ab und richtete sich mit sicherem Formsinne darin ein. Indem er Souveränität der Bildung bewies, ohne Popularitätshaschen menschliche Wärme verbreitete und nur im verborgenen poli-

tischen Einfluß ausübte, verlieh er dem Präsidentenamte eine ungezwungene, fast heitere Würde.

Heuss selbst hat sich oft gegen die Behauptung gewehrt, daß die Gestaltung seines Amtes eine Leistung des Bewußtseins gewesen sei, etwa indem er sich angestrengt hätte, einen „neuen Stil“ zu entdecken und einzuführen. Was seiner Umgebung und den Bürgern dieses Staates als neue Form erschienen sei, so sagte er, sei eher seine persönliche Eigenart gewesen, der er auch als Staatsoberhaupt treu geblieben sei. Wahrscheinlich liegt in diesem Satz das Geheimnis des Erfolges des Bundespräsidenten Heuss beschlossen: er gab sich eben keine Mühe, in seinem Amt ein anderer Mensch zu werden, mit höheren Ansprüchen an sich selbst und vor allem an andere, sondern blieb der Liberale, der Humanist,

Die Marienburg brannte 15 Stunden

Warschau (dpa). Zwei Tage nach dem Großfeuer auf der Marienburg in Westpreußen sind genauere Angaben über das Ausmaß des Schadens bekanntgeworden. Wie die polnische Nachrichtenagentur pap berichtet, wird der Gesamtschaden am einstigen Hochmeistersitz des Deutschen Ritterordens auf 13 Millionen Zloty (13 Millionen DM nach dem offiziellen Kurs) geschätzt.

15 Stunden lang wüteten die Flammen und vernichteten 3600 Quadratmeter Dachfläche. Der „Große Remter“, der durch sein reichgeteiltes Sterngewölbe, das auf drei schlanken Mittelsäulen steht, von einmaliger künstlerischer Schönheit ist, konnte zwar vor der Vernichtung bewahrt werden, erlitt jedoch erhebliche Schäden. Polnische Stellen vermuten, daß das Feuer durch Brandstiftung entstand.

Die Marienburg wurde 1309 Hauptsitz des Deutschen Ritterordens. Der gotische Backsteinbau war Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ritterordens, der von hier aus Ostpreußen eroberte. Die Marienburg war während des letzten Krieges schwer beschädigt, dann jedoch von den Polen teilweise wieder aufgebaut worden.

Kunstfreund und Liebhaber der Wissenschaft, der er immer gewesen war, und wurde eben dadurch „der Heuss“ — eine Volksfigur, vertraut und Vertrauen erweckend.

Von alledem ist so viel gesagt und geschrieben worden, daß Theodor Heuss selbst jedenfalls keine Neigung verspüren wird, noch mehr davon zu lesen. Was aber vorläufig ungeschrieben bleibt, ist das Buch seiner politischen Leistung. Nun, da seine Amtszeit endete, darf man sagen, daß diese Leistung weit größer war, als die Öffentlichkeit weiß. In langen Jahren und in den Zeiten wilder politischer Stürme hat Heuss in ständigem Austausch mit den führenden Politikern der Bundesrepublik gestanden, besonders aber mit Bundeskanzler Adenauer. So wesensverschieden die beiden Männer auch waren — Heuss sagte einmal von Adenauer, in ihm stecke das Zeug zu einem Renaissance-menschen, während es bei ihm selbst nur zum Biedermeier reiche —, sie haben seit 1950 ein Verhältnis zueinander gefunden, das nicht nur von der politischen Vernunft diktiert, sondern zugleich „menschlich durchwärmt“ war.

★

Wenn an einem Tage des Abschieds auf diese Weise die Vorzüge des Scheidenden gerühmt werden, schleicht sich in die Gedanken gern ein wenig Kummer über die Zukunft ein: Wird der Nachfolger das Amt ebenso auszufüllen verstehen? Es ist sicher im Sinne von Theodor Heuss, wenn an dieser Stelle solchen Befürchtungen entgegengetreten wird. Er selbst hat immer ein klares Bewußtsein seiner Leistung, aber auch ein ebenso deutliches Empfinden für die Notwendigkeit des Wechsels gehabt. Gerade bei einem Bundespräsidenten wie Heuss, dessen Leistung sosehr auf seinen persönlichen Eigenarten beruht, muß man die Persönlichkeit als einmalige, unauswechselbare geschichtliche Erscheinung würdigen. Kommende Präsidenten mögen anders sein und auf ihre Art nicht schlechter. Uns aber bleiben Erinnerung und Dank an einen Bundespräsidenten, der uns im Amt vorgelebt hat, wie man als Mensch sein soll.

„Kein Abschied von vaterländischer Pflicht“

Heuss an die Bevölkerung — Deutscher Wiederaufstieg kein „Wunder“

Bonn (Eigenmeldung). Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des Staatsoberhauptes hat sich Bundespräsident Heuss mit einer Rundfunkansprache von der deutschen Bevölkerung verabschiedet. Heuss betonte, daß er aus seinem Amt scheidet, doch nicht aus seiner vaterländischen Pflicht. Aber „der Heuss“, wie der Bundespräsident sich ausdrückte, „möchte, nun zum Privatmann geworden, auch wieder etwas Zeit für sich selber gewinnen, um noch einiges zu lernen und noch einiges von der Welt zu sehen“. Zu einer Verlängerung seiner Amtszeit habe er sich nicht bereit finden können, weil nach seiner Auffassung Demokratie ein „Herrschaftsauftrag auf Frist“ sei.

Ohne einen genauen Abriß der von ihm mitgeprägten letzten zehn Jahre der Geschichte der Bundesrepublik zu geben, würdigte der Bundespräsident in seiner Ansprache doch einige bedeutsame Vorgänge. So spendete er ein besonderes Lob der Arbeit des Bundestages und des Bundesrates, die, „aufs ganze gesehen, einen hohen Rang besessen“ habe.

Der Bundespräsident, der an dieser Stelle „sachlichen Respekt und menschliche Zuneigung“ für seinen Nachfolger Lübke einflachte, wandte sich gegen die Vorstellung, in den letzten zehn Jahren sei in der Bundesrepublik ein „Wunder“ geschehen. Es seien nur ein paar ganz einfache und nützliche Dinge passiert: beispielsweise die wachsende Einsicht bei einem Teil der Sieger des Krieges, daß die Formen der Rache niemals zu einer Normalisierung der Völkergemeinschaft führen. Auf der anderen Seite habe der schöpferische Selbsterhaltungstrieb des deutschen Menschen, sein Fleiß und seine Begabung für zuverlässige Arbeit gestanden.

Die Bundesrepublik sei ein staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Tatbestand eigenen Rechtes und eigener Verantwortung geworden, führte der Bundespräsident weiter aus. Es tue ihm daher immer etwas weh, wenn man die Bundesrepublik ein „Provisorium“ nenne. Dieses Wort habe einen Klang des Unverbindlichen, der psychologisch der Kraft und Würde der bindenden Gesetzlichkeit abträglich sei. Er wähle lieber den Begriff „Transitorium“ als Aus-

druck des zeitlichen und sachlichen Durchgangsstadiums.

„Im Gefängnis“

Heuss erinnerte dann daran, daß das Saarland durch eigene Entscheidung in den Verband der Bundesrepublik eingetreten sei. In Mitteldeutschland dagegen werde die freie menschliche Entscheidung verhöhnt. „Das ist es, was immer unsere Seele bedrückt, denn die Menschen dort sind Deutsche wie wir, haben einen gleichen fruchtbaren Anteil an der deutschen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Geschichte, aber sie sind in das Gefängnis des Verkümmerns eingesperrt.“

Vor Jahren habe ihm Jakob Kaiser den Plan vorgetragen, eine echte überparteiliche Vereinigung ins Leben zu rufen, und habe seinen Rat erbeten, unter welcher Parole ein solcher Versuch gestellt werden möge. „Da gab ich die zwei Vokabeln als Antwort: „Unteilbares Deutschland.“ Kaiser habe wohl unmittelbar das Doppelte gespürt, das durch den Begriff schwinde, das verhaltene Pathos einer politischen Forderung und die nüchterne Feststellung der einfachen Gegebenheiten, daß das geschichtliche Bewußtsein keine Teilung der Worte kenne.

Das Beispiel Berlin

Das deutsche Schicksal sei in weltpolitische Entscheidungen eingegliedert, fuhr Heuss fort. Dies entbinde aber keinen Verantwortlichen von der Pflicht, dem ungefährdeten Weiterleben können eines in seiner Arbeit so tüchtigen Volkes zu dienen. Ein Beispiel habe Berlin ge-

geben. „Die Haltung der aus allen deutschen Landschaften und Stämmen erwachsenen Bevölkerung dieser deutschen Hauptstadt hat gesamtdeutsches Sein und Werden bestimmt, und es darf nie vergessen werden, wie die innerlich souveräne Natur von Ernst Reuter in den entscheidenden Jahren schlechthin zu einer tragenden deutschen Geschichtsfigur geworden ist. Sie hat auch das Wissen und Gewissen der freien Welt an die Einsicht geschmiedet, daß in der politischen Entscheidung über Berlin das Recht auf freiheitliche Selbstgestaltung des heutigen Menschentums schlechthin sein Urteil empfängt,

„Köstliche Freiheit“

Bei seinem Scheiden aus dem Amt habe er dem deutschen Volk kein „Vermächtnis“ zu geben, sagte Heuss. Er habe aber ein Wort des herzlichen Dankes zu sagen für die rührende Liebe, die ihm aus den verschiedensten Gruppen des deutschen Volkes entgegengebracht worden sei. Mit einem Wort dankbarer Wehmut gedachte Heuss seiner vor sieben Jahren verstorbenen Gattin, der „Gärtnerin meines Lebens“.

Der Bundespräsident schloß mit dem Wunsch, man möge bei diesem Abschiedswort spüren, daß er sich nie habe „regulieren“ und die innere Freiheit nie habe rauben lassen. „Sie ist der köstlichste Besitz, den Gott dem Menschen als Möglichkeit geschenkt hat und den als Aufgabe zu begreifen seine Würde bestimmt.“

Auch von den Hörern der „Deutschen Welle“ im Ausland verabschiedete sich Heuss mit einigen herzlichen Worten. Er betonte dabei, daß er es stets als eine seiner vornehmsten Aufgaben angesehen habe, das Seine zur Heilung der vom Nationalsozialismus geschlagenen Wunden beizutragen. An den Deutschen im Ausland liege es, dem deutschen Beitrag durch freundliche Pflege seine Würde zu wahren, gleich ob die Fremde für sie neue Heimat geworden oder Gastland geblieben sei.

Präsident Heinrich Lübke

Ein Mann aus dem Volke lebt für das Volk

W. Bonn (Eigenbericht). Es war am 20. Februar dieses Jahres. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU tagte in Bonn, um die Wahl des Bundespräsidenten vorzubereiten. Da machte der Hannoverische Oberkirchenrat Cillien, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, den Vorschlag, den Katholiken Heinrich Lübke zum Nachfolger von Theodor Heuss zu machen. Der Vorschlag fand viel Beifall unter den evangelischen CDU-Politikern. Sogar Bundesinnenminister Schröder, der längst seinen eigenen Kandidaten, Prof. Erhard, in petto hatte, war beeindruckt. Trotzdem wurde nichts daraus. Es vergingen fast vier Monate, erfüllt mit einem nie erlebten politischen Aufruhr in Bonn, bis man sich schließlich auf diesen Vorschlag besann. Am 1. Juli wurde Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten gewählt — das erste katholische Staatsoberhaupt, das es seit der Wiedergründung des Deutschen Reiches im Januar 1871 in Deutschland gibt.

Aber um diesen Bundespräsidenten wird es keinen Konfessionsstreit geben. Von evangelischer Seite vorgeschlagen, von Katholiken und Protestanten gemeinsam gewählt, ist Heinrich Lübke einfach der Typ der tiefgläubigen Menschen, den alle schätzen, die ähnlich denken. Wahrscheinlich steckte immer Frömmigkeit in ihm, wie man sie, als Kind in einem kleinen Dorf des Sauerlandes aufwachsend, in sich aufnimmt. Einer seiner Freunde hat aber einmal gesagt, ein frommer Mensch sei Lübke eigentlich erst in der Mitte der dreißiger Jahre geworden, als er 20 harte Monate im Gefängnis Plötzensee verbringen mußte — 20 Monate des Hungers und der Angst, 20 Monate in unmittelbarer Nähe des Hinrichtungsplatzes, von dem immer wieder die schrecklichen Geräusche der politischen Exekutionen herüberdrangen. In dieser Zeit färbte sich das bis dahin rote Haar des gerade 40jährigen schneeweiß, und der

äußeren Veränderung entsprach eine innere Wandlung.

64 Jahre alt

Außerlich wirkt Lübke, heute 64 Jahre alt, wie ein Seekapitän (was sein Bruder tatsächlich gewesen ist) oder wie ein Offizier (was er selbst in beiden Kriegen war). Sehr aufrecht, mit leuchtend blauen Augen, zieht er die Blicke auf sich. Wenn man mit ihm spricht, wirkt er zunächst steif. Aber das dauert meist nicht lange, und ein ganz kleines Flimmern in den Augen verrät, daß der sauerländische Schalk in ihm hochsteigt. Manchmal hat er so seine Zuhörer, die ihn eben noch langsam, ernst und fast würdig reden hörten, plötzlich verblüfft, indem er einen Scherz einflocht. Aber das gehört sich so für einen echten Westfalen: Ernst und humor, Dickköpfigkeit und Sachverstand wohnen im Sauerland eng beieinander.

Ein Fachmann

Für die Öffentlichkeit erscheint Lübke heute als der Ernährungsminister, der Mann des „Grünen Plans“, der Bundespräsident geworden ist. Aber was Lübke zeit seines Lebens mit der Landwirtschaft verbunden hat, war in erster Linie ein Traum: er wollte einmal selbst einen schönen, mittelgroßen Hof haben, mit möglichst vielen Pferden und Kühen. Lübke ist nie Bauer gewesen. Der Vater, Handwerker im Dörfchen Enkhausen, hatte ein paar Morgen Ackerland — zuwenig, um davon zu leben, aber gerade genug, um eine kleine Nebeneinkunft zu haben. Es war kein leichtes Leben, das die Familie, mit 8 Kindern, führen mußte, als der Vater früh starb. Aber die tüchtige Mutter schaffte es, ihre Söhne „etwas werden zu lassen“: Kulturbautechnik und Geodäsie studierte Heinrich, übrigens in Bonn und Berlin. Aber rasch kam er nach dem ersten Weltkrieg zur Politik: zuerst als Geschäftsführer der „Deutschen Bauernschaft“, einer Sammlung meist kleiner Bauern, ab 1931 auch als Abgeord-

neter des Zentrums im Reichstag.

Sicher ist Lübke ein überaus tüchtiger Fachmann auf seinem Gebiet: 1953, als Adenauer ihn vom Raiffeisenbund wegholte und zum Landwirtschaftsminister in der Bundesregierung machte, galt er als der beste Agrarpolitiker weit und breit. Aber Lübkes Weg zur Politik führt nicht über die Schweinezucht und den Obstanbau. Er führt über den „kleinen Mann“. Was Lübke in seinem Leben politisch getan hat, geschah immer in erster Linie für die einfachen, kleinen Leute draußen im Lande. Lange hat er in Baugesellschaften gearbeitet, die für kleine Bauern und für andere Leute mit wenig Geld neue Häuser erstellten. Nach dem zweiten Weltkrieg hat er, als Ernährungsminister in Düsseldorf, sein Amt riskiert, um ein neues Erfassungssystem durchzusetzen, das eine bessere Versorgung der hungernden Großstädter versprach. Und wenig später hat er sich mit den Großgrundbesitzern seines Landes angelegt, als er unerschrocken für eine (ziemlich gemäßigte) Bodenreform eintrat, um mehr Siedlungsland zu gewinnen.

In den Tagen vor seinem Amtsantritt hat sich die ein wenig lächerliche Geschichte mit der Herrenbekleidungs-Industrie abgespielt. Die Herren von der Mode beschwerten sich darüber, daß Lübke zu seinem ersten Empfang ohne Frack und Orden, schlicht im Straßenanzug, gebeten hatte. Theodor Heuss hat ihn sogleich in Schutz genommen und hinzugesetzt, das sei auch sein eigener Wunsch gewesen. Sicher ist das richtig. Aber wenn die Anzeichen nicht täuschen, wird der neue Bundespräsident doch noch seltener den Wunsch nach Festlichkeit und „Repräsentation“ haben. Er ist ein Mann aus dem Volke, der für das Volk lebt. Als Minister gab er seinem Fahrer die Weisung, stets ohne den „Ministerstand“ am Auto zu fahren. Au als Bundespräsident wird er versuchen, ein schlichter Bürger zu bleiben.

Moskauer Laos-Vorschlag abgelehnt

Washington: Überflüssig und störend — London wartet auf UNO-Bericht

Washington/London (upi/ap). Das amerikanische Außenministerium hat die sowjetische Forderung nach einer Laos-Konferenz als unnötig und für die Bemühungen um eine Lösung der Krise als störend bezeichnet. Die gleiche Ansicht vertrat das britische Außenministerium.

Der sowjetische Plan, der von Tass veröffentlicht und durch eine Note an Großbritannien unterstrichen worden war, sieht vor, daß die bei der Indochina-Konferenz von 1954 in Genf vertretenen Mächte, zu denen auch Rotchina zählt, gemeinsam über Laos verhandeln sollten.

Das US - State Department veröffentlichte die Ablehnung kurz nach der Ankunft Chruschtschows in Washington. Darin heißt es, der sowjetische Vorschlag ignoriere die Autorität der UNO, die bereits Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ergriffen habe. „Die Lösung dieser Situation“, heißt es in der Erklärung wörtlich, „ist nicht in internationalen Konferenzen, sondern in der Beendigung der Intervention und Subversion im Königreich Laos zu finden.“ Die laotischen Kommunisten und die sie unterstützenden Kräfte aus dem Ausland würden durch den zwiespältigen Eindruck, den die Einberufung einer zweiten Indochina-Konferenz hervorrufen würde, nur gewinnen.

Ein Sprecher des britischen Foreign Office erklärte, die britische Regierung werde auf den Bericht der vom Welt-sicherheitsrat eingesetzten Untersuchungskommission für Laos warten.

Beobachter in Laos

Die Mitglieder der UNO-Kommission sind, von jubelnden

Menschenmassen begrüßt, in der laotischen Hauptstadt Vientiane eingetroffen. Der Kommission gehören 15 Delegierte aus Japan, Tunesien, Italien und Argentinien an. Der amtierende laotische Außenminister Champassak erklärte bei der Begrüßung der Gruppe, Laos sei das „Opfer eines Angriffs von jenseits der Grenzen“ geworden.

Aus der Provinz Luang Prabang im Norden von Laos wurde nur geringe Kampftätigkeit gemeldet.

Chruschtschow vor der UNO

Heftige Diskussionen um die Tagesordnung erwartet

New York (dpa/upi). Die 14. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat auf ihrer Eröffnungssitzung einstimmig den 77jährigen Peruaner Victor Belauende zu ihrem Präsidenten gewählt. Er ist Nachfolger des Libanesen Malik. Der übliche diplomatische Glanz, mit dem die Vollversammlung ihre Jahres-sitzung eröffnet, war in diesem Jahre etwas von der Ankunft Chruschtschows überschattet. Chruschtschow wird

eine Rede vor der Vollversammlung halten.

In seiner Eröffnungsansprache stellte Belauende die Weltraumfragen in den Mittelpunkt. Er forderte die Delegierten auf, sich mit allen Kräften um die Lösung jener Probleme zu bemühen, die durch den Vorstoß des Menschen in den Weltraum aufgeworfen würden.

Die Tagesordnung ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Insgesamt 69 Anträge liegen dazu vor. Es wird erwartet, daß es darüber im Lenkungsausschuß wieder zu heftigen politischen Auseinandersetzungen kommen wird. Indien hat die Aufnahme Rotchinas in die UNO beantragt. Der afrikanisch-asiatische Block will eine Entschließung einbringen, in der das Recht des algerischen Volkes auf Unabhängigkeit verlangt wird. Frankreich hat für den Fall, daß die Algerien-Frage behandelt wird, wie im vergangenen Jahr mit dem Auszug gedroht. Heftige Auseinandersetzungen werden auch über die Rassentrennungspolitik der südafrikanischen Regierung, über das Vorgehen Chinas in Indien und Tibet und die Ereignisse in Laos erwartet.

Scharfe Kritik an Nehru

Opposition in Neu Delhi gegen weitere Beschwichtigungspolitik

Neu Delhi (ap/dpa). Eine wesentlich energischere Haltung gegenüber Rotchina haben oppositionelle Abgeordnete des indischen Parlaments gefordert. Indien, so erklärten sie im Verlauf einer äußerst hitzigen Debatte, müsse seine Beschwichtigungspolitik gegen Peking aufgeben und notfalls mit militärischen Maßnahmen rotchinesische Truppen von indischem Staatsgebiet vertreiben. Ministerpräsident Nehru lehnte diese Forderungen ziemlich verärgert ab und meinte, Gesten der Stärke seien unrealistisch. Er werde zwar niemals den großen

Gebietsforderungen Chinas zustimmen, doch sei er durchaus bereit, über den Grenzverlauf an einigen unklaren Stellen zu verhandeln.

In Peking wurde auf einer Sitzung des Chinesischen Volkskongresses die „sofortige Zurückziehung der indischen Truppen von chinesischem Gebiet“ verlangt. Gemeint waren jene Gebiete, die nach indischer Ansicht zum indischen Staatsgebiet gehören.

In Moskau empfing der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow den indischen Botschafter K. P. Menon.

Obst für Bevorzugte gegen Schmiergelder

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

R. Berlin (Eigenbericht)

Als Monat für Gesundheits- und Arbeitsschutz soll in der Sowjetzone der September beantragen werden. Gleichzeitig aber treiben Partei und Regierung die Wettbewerbe zum 10. Jahrestag des Zonenregimes mit der Forderung nach 80-prozentiger Planerfüllung bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Dabei wird den Funktionären offenbar nicht einmal der Zynismus bewußt, der darin liegt, daß sie für den Gesundheitsschutz die Parole ausgeben „Der Mensch, das höchste Gut“ und daneben die verstärkten Antreibermethoden mit dem Argument zu rechtfertigen suchen, daß der September der „Monat der höchsten Planerfüllung“ sein müsse.

MAGDEBURG

Millionen durch unbezahlte Arbeit. „In jeder Woche jeder Bürger zwei Stunden im Nationalen Aufbauwerk, dann kann die Stadt am Geburtstag der Republik melden, Ziel erreicht, 4,5 Millionen DM geschafft“, schreibt die SED-Zeitung „Volksstimme“. Bis jetzt fehlten aber noch 1,4 Millionen DM, die in 29 Tagen aufgebracht werden müßten. Die Anwohner der Leipziger Straße werden aufgefordert, für eine neue Beleuchtung zehn Kilometer Kabelgräben zu ziehen.

CHEMNITZ

Planung wichtiger als Kartoffeln. Im Bezirk Chemnitz gibt es nach einem Bericht der SED-„Volksstimme“ eine erhebliche Zahl unrentabel arbeitender LPG. Dazu gehört die LPG „Neues Leben“ in Chursdorf, die an Stelle der Mindestsumme von sieben Mark für die Arbeitseinheit nur drei bis vier Mark erreicht. Als Ausweg wird eine gründliche ideologisch-politische Schulung und die Hilfe des Paten, des Rates des Bezirkes, empfohlen, über den es jedoch heißt: „Als die Chursdorfer Genossen die Genossen vom Rat des Bezirkes bei der Hackfrüchternte um Hilfe baten,

wurde diese mit der Begründung verweigert, daß sie sich mit der Perspektivplanung befassen und deshalb keine Zeit hätten.“

HALLE

Südf Früchte als Schwarzhandelsgut. Mehrere Kraftfahrer des Großhandelskontors Obst und Gemüse wurden verhaftet, weil sie aus Lagerbeständen „Obst und Südf Früchte entwendet und gegen Schmiergelder den Obsthändlern überlassen“ hatten. Die SED-Zeitung „Freiheit“ berichtet: „Die gestohlenen Früchte wurden dann weiter unter dem Ladentisch an Bekannte und Stammkunden verschoben.“ Bei den Südf Früchten habe es sich vorwiegend um Bananen, Zitronen und Apfelsinen gehandelt.

Schönheit der Arbeit. Im Montagewerk hatten die Betriebsangehörigen ihre Arbeitsplätze festlich geschmückt. Den ersten Preis des Kreisfriedensrates erhielt der 18jährige Günter Weile, von dem es in der „Freiheit“ heißt: „Als Trennschleifer hatte er an seinem Arbeitsplatz eine Ecke vorbildlich ausgestattet. Aus Sand und feinen Vinidurspänen stellte er die Ostsee als Meer des Friedens dar. Davor prangten stolze Verpflichtungen.“ Dazu gehört, daß Weile in Kürze seinen „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee“ ableisten will.

„Parteilichkeit im Foto“ heißt ein Buch, das der „fotokinoverlag“ vorbereitet. Darin wird mit „der alten Auffassung gebrochen, daß Fotografieren etwas Unpolitisches und eine indifferente Liebhaberei sei“.

LEIPZIG

Sozialistische Schönheitspflege. Noch im Gefolge der Messe wurde eine neue Frisur, die „Glockenlinie“, vorgeführt, „entworfen von der Modekommission der Friseure der DDR, einer Körperschaft, die erst fünf Wochen alt ist und schon auf so vielversprechende Weise von sich reden macht“, schreibt die Leipziger Volkszeitung. Zur

gleichen Zeit gastierte in Leipzig eine sowjetische Moderevue, die zeigen soll, daß „die Mode eines sozialistischen Landes, der Sowjetunion, sich nicht hinter der westlichen Mode, etwa der Pariser, zu verstecken braucht, sondern gleichberechtigt neben ihr steht und sogar ein gewichtiges Wort in der Weltmode mitreden kann“.

Schwieriges Vopo-Programm. Über das erste abendfüllende Programm des „Republik-Ensembles der Volkspolizei“ zum 10. Jahrestag heißt es: „Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß dem Programm drei Linien zugrunde liegen, die nicht immer logisch zusammenfließen. Einmal geht durch das ganze Programm das Lob der Republik und des Sozialismus, zum anderen die Anerkennung dessen, was unsere Polizei leistet.“

POTSDAM

Eine Rinderschlachtbrigade der deutsch-sowjetischen Freundschaft bildeten neun Männer und eine Frau auf dem Schlachthof Potsdam. Sie verpflichteten sich, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben, indem sie die Rinderschlachtungen im Mehrphasensystem durchführen, zweimal wöchentlich Zeitungsschau halten und einmal im Monat mit den Ehefrauen eine wertvolle Kulturveranstaltung besuchen.

Deutschland in bulgarischer Sicht. In einem Bericht über eine Reise durch Bulgarien heißt es in der „Märkischen Volksstimme“, in einem kleinen Dorf habe ein älterer Mann im Schlosseranzug gefragt: „Wo wir herkämen, aus der DDR oder aus Westdeutschland? Ah, aus der DDR! Gut, daß es euren Staat gibt, wann endlich wird die westdeutsche Bevölkerung bei sich demokratische Verhältnisse schaffen?“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Haß als Lehrfach

Dr. „Der Weg der Menschheit führt zum Kommunismus. Das Tor ist bereits aufgestoßen. Die Schüler erkennen, daß mit dem Aufbau des Sozialismus - Kommunismus ein Leben in Glück, Wohlstand, Frieden und Freiheit geschaffen wird.“ Das sind Sätze aus den Richtlinien für „Staatsbürgerkunde“ in den allgemein bildenden Oberschulen der Sowjetzone. Sie sind dem am 1. September in Kraft getretenen Lehrplan entnommen, der im Gegensatz zu seinen zahlreichen Vorgängern — fast mit jedem neuen Schuljahr wechselte auch der Lehrplan — den Beinamen „sozialistisch“ erhielt. Immer wieder mußten die Partei-Ideologen der SED feststellen, daß ihr Register ein Loch hatte, sei es in dem polytechnischen Unterricht, sei es in den allgemein bildenden Fächern. In jedes Lehrfach und in jede Unterrichtsstunde soll jedoch die kommunistische Weltanschauung getragen werden.

An den Hochschulen der Zone sind diese Versuche mehr oder weniger gescheitert. Zwar sind die Studenten zu den sogenannten gesellschaftswissenschaftlichen Vorlesungen verpflichtet, in denen der Marxismus-Leninismus und der dialektische Materialismus gelehrt werden, aber einige Fakultäten, wie die medizinische und theologische, haben diese Pflichtvorlesungen auf ein Mindestmaß beschränkt. Andererseits zeigen die Vorgänge an den mitteldeutschen Hochschulen, wie stark der Widerstand der studentischen Jugend gegen das kommunistische Regime ist. Darum soll der ideologische Widerstand bereits in den Oberschulen gebrochen werden. Wie man allerdings bei den zahlreichen Terrorurteilen gegen Jugendliche das Leben in der kommunistischen Gesellschaftsordnung der Zone als ein „Leben in Glück, Wohlstand und Freiheit“ schildern soll, wird selbst dem geschicktesten Verfechter des dialektischen Materialismus einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Weitaus gefährlicher ist die Nessel des Hasses, die man mit dem sogenannten sozialistischen Lehrplan in junge deutsche Herzen sät. Während die Zonenrepublik als das „Vaterland der

Werttätigen“ gepriesen wird, ist die Bundesrepublik ein „militaristisch-klerikaler Obrigkeitsstaat“, den es zu meiden und „durch die geeinte Kraft der Arbeiterklasse zu beseitigen gilt“. Das ist die Sprache der SED-Parteitage, die nunmehr auch in den Schulunterricht getragen wird. Hier wird unverhüllt zum Staatsstreich aufgerufen, und es paßt nur allzu gut zu dieser Art von „Staatsbürgerkunde“, daß in dem Unterricht die Propaganda für den „freiwilligen Dienst in der Volksarmee“ einen großen Raum einnimmt. Nach außen wird das Ganze als „Schutz und Verteidigung unserer Republik und der

sozialistischen Zukunft der Jugend“ getarnt.

Die Angst um ihre trotz zehnjähriger Herrschaft sowenig gefestigte Machtposition hat den kommunistischen Funktionären diesen Lehrplan diktiert. Der Bestand ihres Staates wird solange gefährdet sein, wie er auf Haß und Terror beruht. Wie schwach seine verfassungsmäßige Grundlage ist, geht allein schon daraus hervor, daß für die „Verfassung“ der sogenannten DDR nur eine Unterrichtsstunde im Lehrplan angesetzt ist — die einzig logische Folgerung aus der Tatsache, daß diese Verfassung kein materielles Recht darstellt.

Postbeförderung mit Raketen

Briefe Hamburg — Genua in Sekundenschnelle

Cuxhaven (Eigenbericht). In naher Zukunft wird es eine Postraketenverbindung zwischen Hamburg und Genua geben. Dies erklärte der italienische Wissenschaftler Kapitän Partel auf dem Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Raketen-technik in Cuxhaven. Die Raketenpostverbindung zwischen beiden Städten dürfte zum Modellfall für andere Streckenführungen in Europa und für den interkontinentalen Raketenpostverkehr werden. Bereits in den nächsten Wochen wird Italien mit den ersten Raketenexperimenten beginnen.

Partel sagte, Versuche in Italien hätten gezeigt, daß Post durch Raketen einwandfrei be-

fördert werden könne, und zwar in Zeiträumen, die etwa der Übermittlung des Telegramms entsprechen und zu Gebühren, die durchaus tragbar sind. Der italienische Wissenschaftler nannte Raketenpostgebühren, die zwischen 1,14 DM und 24 Pfennig je Brief liegen. Jedes Geschoß kann bei einem Flug etwa 3700 Gramm Post befördern. Das entspricht 750 Luftpostbriefen zu je fünf Gramm.

Auf dem Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Raketen-technik äußerten sich deutsche und ausländische Raketenfachleute optimistisch über die Nutzenanwendung der friedlichen Raketen-technik.

Kühler Empfang Chruschtschows

Fortsetzung von S. 1

arbeiter der beiden Regierungen teilnahmen, dauerte etwa zwei Stunden. Anschließend gab Eisenhower im Weißen Haus ein Essen für Chruschtschow und seine Frau.

Präsident Eisenhower und Ministerpräsident Chruschtschow sind in ihrer ersten Unterredung übereingekommen, am 25. September in Camp David dreitägige Besprechungen über zahlreiche weltpolitische Fragen zu beginnen. In einer nach der ersten, eindirektstündigen Unterredung veröffentlichten gemeinsamen Erklärung heißt es, daß dabei in großer Offen-

heit und sehr freundschaftlich alle wichtigen Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erörtert worden seien.

Nicht gestört

Die ersten Wirkungen des Chruschtschow - Besuches in Amerika zeigten sich im Äther. Wie der Leiter des amerikanischen Informationsamtes, Allen, bekanntgab, stellte die Sowjetunion die Störung der „Stimme Amerikas“ in russischer Sprache ein. Zum erstenmal seit zehn Jahren konnten diese Sendungen daher ungestört ausgestrahlt und empfangen werden.



BILDER DER WOCHE. Oben: Mit Plakaten wie „Chinesische Imperialisten — Hände weg von Bharat“ (ein anderer Name für Indien) protestierten Inder vor der rotchinesischen Botschaft in Neu Delhi gegen die Grenzverletzungen durch rotchinesische Truppen. — Unten: In Berlin gebaut — aber leider nicht für Berlin: Der neue S-Bahn-Zug der Bundesbahn für die Hamburger Stadtbahn auf der X. Industrieausstellung am Funkturm.

